

Raus hier!

Bloßstellen, ausschließen, ignorieren? Universitäten ringen um den richtigen Umgang mit Rechtsextremen im Hörsaal.

Als es im Hörsaal 1 der Ruhr-Universität Bochum laut wird, doziert der Professor gerade über die „Grundlehren des Bürgerlichen Rechts“. Eine Gruppe der Antifa stürmt die Erstsemester-Veranstaltung. Die linken Aktivisten haben sich als Weihnachtsmänner verkleidet, sie zeigen mit einem Pfeil auf einen Studenten. Fast niemand in dem Raum weiß, um wen es sich bei dem jungen Mann mit dem Kurzhaarschnitt und den Pausbacken handelt.

In einschlägigen und zuweilen schlagenden Kreisen ist Michael Brück, 23, indes eine bekannte Größe. Der Student war Mitglied der Neonazi-Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund“, bis sie vor eineinhalb Jahren verboten wurde. Ihre Kader terrorisierten Andersdenkende, feierten auf Partys Adolf Hitler und gingen auch mal mit einem Messer und Pfefferspray auf Ausländer und Polizisten los. Heute führt Brück als stellvertretender Landesvorsitzender die rechtsextreme Splitterpartei „Die Rechte“.

„Raus hier! Raus!“, brüllt Dozent Georg Borges. „Euer Mitstudent ist ein Neonazi!“, rufen die Aktivisten. Dann geht der Professor auf sie zu, packt einen Weihnachtsmann am Arm und drängt ihn zur Tür. Es wird gerangelt, geschubst. Später wird Borges sagen, er sei von den Vermummten angegriffen und geschlagen worden. Dass die Handgreiflichkeiten von den Aktivisten ausgingen, bestätigt ein Handy-Video indes nicht. „Ich konnte es nicht hinnehmen, dass gegen einen meiner Studenten vorgegangen wird“, sagt Borges. Er setzte die Vorlesung nach dem Zwischenfall mit blutender Nase fort.

Die Bochumer Antifa-Aktion von Anfang Dezember wirft eine Frage auf, mit der sich viele Hochschulen in Deutschland auseinandersetzen müssen: Was tun, wenn sich Rechtsextreme fürs Studium einschreiben? Und wie soll man reagieren, wenn sie öffentlich an den Pranger gestellt werden?

An der Leibniz Universität Hannover enttarnten im November linke Aktivisten eine Studentin als hochrangige NPD-Funktionärin. Das Institut für Politische Wissenschaft verurteilte daraufhin das Vorgehen der Antifa als „denunziatorische Form der Protestaktion“. Und Marian Döhler, der Direktor des Instituts, betonte: „Wir unterrichten hier unabhän-



Protestplakat an der Bochumer Universität: „Beste Werbung für die Partei“

gig von der politischen Meinung, Religionszugehörigkeit oder sonstigen Merkmalen.“ Die NPD-Studentin freute sich derweil auf Facebook über „beste Werbung für die Partei“.

Wie mit Parteigängern der Rechtsextremen umzugehen ist, darüber gibt es an deutschen Hochschulen unterschiedliche Ansichten. So wollte die Universität Potsdam einem Politikstudenten verwehren, sich seine Zeit bei der NPD als Pflichtpraktikum anrechnen zu lassen; doch der Student siegte vor Gericht.

Auch die Reaktion in der Studentenschaft ist uneinheitlich. In Leipzig und Bielefeld wurden Neonazis im Hörsaal bloßgestellt; in Trier und Köln wurden Rechtsradikale hingegen in Studentenräte gewählt. Neonazis studieren oft Jura, auch um später als Anwalt Kameraden vertreten zu können. Frauen, sagt Marc Brandstetter von der Initiative Endstation Rechts, schrieben sich gern für Erziehungswissenschaften ein – wohl um die braune Ideologie an Kinder weiterzugeben.

Doch ein Grund, sie vom Uni-Betrieb auszuschließen, ist das nicht. Elmar Weiler, Rektor der Universität Bochum, distanzierte sich nach dem Vorfall in Hörsaal 1 von „rechtsextremen Gedanken“, verwahrte sich jedoch dagegen, dass ein Jurastudent angeprangert werde. Professor Borges sagt, dass man niemandem das Recht auf ein Studium verwehren dürfe, sofern er die formalen Anforderungen dafür erfülle. Sollte er Brück einmal persönlich treffen, würde er ihm jedoch die „dringende Anregung“ geben, die eigene Ideologie zu überdenken.

Der Fachschaftsrat Jura bat in einer ersten Erklärung darum, „Diskriminierung

wegen parteipolitischen Engagements“ zu unterlassen, betonte aber später, dass rechtsextremes Gedankengut in der Fachschaft keinen Platz habe. Nachfragen lehnt der Fachschaftsrat ab. Eine weitere Debatte würde „dem Ruf der Fakultät schaden“, heißt es.

Doch ist Schweigen eine Lösung? Die Hochschulen sollten das Problem offensiv angehen, sagt Andreas Zick, Leiter des Bielefelder Instituts für Konfliktforschung. Auch an seiner Universität schrieben sich in diesem Jahr fünf Rechtsextreme ein. „Wir können rechte Studenten nicht exmatrikulieren, aber wir können unsere Haltung deutlich zum Ausdruck bringen“, sagt Zick.

Die Universität Bielefeld verteilte zu Beginn des Wintersemesters Buttons und Postkarten an Studienanfänger. Die Aufschrift lautete „Uni ohne Nazis“. Zick organisierte zu dem Thema eine Ringvorlesung und lud Anti-Rassismus-Trainer sowie einen Anwalt der NSU-Opferfamilien ein. Außerdem schult er Dozenten, wie sie auf rechte Slogans reagieren können. Zick sagt: „Wir dürfen die Aufarbeitung nicht allein der Antifa überlassen.“

Dabei ist das Outing rechter Studenten auch innerhalb der antifaschistischen Gruppen umstritten. Die Methode erinnere an das Vorgehen von Neonazis, die Andersdenkende gezielt attackierten, kritisiert eine Berliner Aktivistin.

Nach der Rängelei in Hörsaal 1 richtete sich der Zorn der Studenten auf der Facebook-Seite der Universität denn auch zunächst mehrheitlich gegen die Antifa – und nicht gegen Neonazi Brück.

PHILIPP ALVARES DE SOUZA SOARES,
MAXIMILIAN POPP